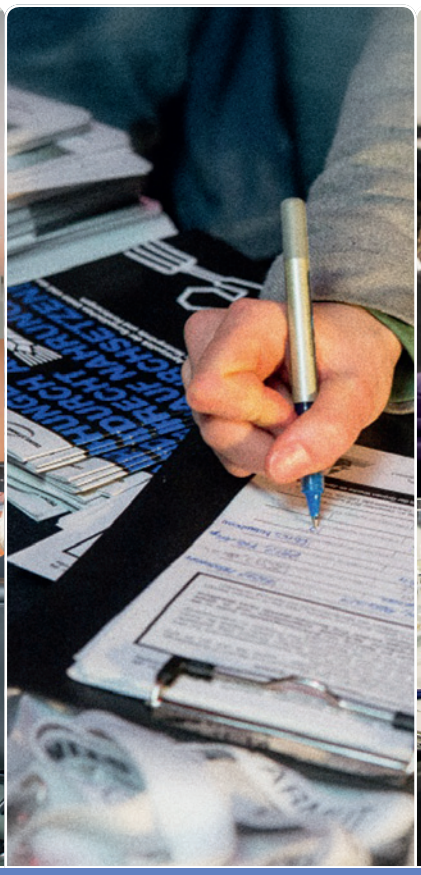
VENRO

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.



Jahresbericht 2012

Inhalt

Vorwort 3

Trends im zivilgesellschaftlichen Kosmos 4–5
ULRICH POST

Was kommt nach den MDG? 6–7
ALBERT EIDEN

Gastkommentar:
Was kann Deutschland für eine nachhaltige Entwicklungsagenda tun? 8
ROBERTO BISSIO

EU soll zum »besten« Geber werden 9
PROF. DR. H. C. CHRISTA RANDZIO-PLATH

EU-Agrarpolitik: Recht auf Nahrung umsetzen 10–11
DR. BERND BORNHORST

Humanitäre Hilfe: Im Zeichen des Dialogs 12
SID JOHANN PERUVEMBA

Ägypten: Frauen nach der Revolution 13
VIVIAN FOUAD

Kinder und ihre Rechte stärken 14
SAMIA KASSID

WASH: Fundament für nachhaltige Entwicklung 15
THILO PANZERBIETER

Gesundheit: Voraussetzung für Entwicklung 16
RENATE BÄHR

Publikationen 17

DATEN und FAKTEN
Gremien und Mandate 18–19
Arbeitsgruppen 20–21
Geschäftsstelle 22
VENRO im Web 23
Jahresabschluss 2012 24–27

Mitgliederversammlung 2012 28–29
VENRO-Mitglieder 30
Impressum

Ulrich Post

Heike Spielmans

Vorwort

VENRO hat sich 2012 intensiv mit der Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) befasst. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, was nach dem Jahr 2015 mit den Millenniumsentwicklungszielen (MDG) geschehen soll. Der Prozess der Erarbeitung einer gemeinsamen Position der Nichtregierungsorganisationen (NRO) ist noch in vollem Gange. Dabei wurde auch die Zusammenarbeit mit Verbänden und Netzwerken außerhalb der EZ gesucht. Gemeinsam mit dem Forum Umwelt & Entwicklung, dem Forum Menschenrechte, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und anderen wurde ein Dialog in Gang gesetzt, der sich auf zukünftige Entwicklungswege und Gesellschaftsmodelle für Deutschland erstreckt.

Auch mit den zukünftigen Herausforderungen für die NRO-Arbeit haben wir uns innerhalb des Verbandes auseinandergesetzt. Welche Auswirkungen haben die globalen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse auf die Programmarbeit? Benötigen NRO in der Kommunikation mit der Bevölkerung neue Botschaften? Wie erreichen die teilweise in die Jahre gekommenen Organisationen junge Menschen? In vielen Mitgliedsorganisationen werden diese Fragen bereits intensiv diskutiert. VENRO bietet seinen Mitgliedern eine Plattform, um sich dazu auszutauschen und das gemeinsame Lernen voranzubringen.

Doch nicht nur mit der Zukunft hat sich der Verband beschäftigt, auch die Gegenwart hat zahlreiche Herausforderungen geboten. Die Neuordnung der humanitären Hilfe, die EU-Agrarpolitik, die Arbeit der neu gegründeten Servicestelle »Engagement Global« und viele weitere Veränderungen hat VENRO als eine der bedeutenden Stimmen der Zivilgesellschaft in Deutschland begleitet. Dabei ist klar: Die Beiträge von VENRO sind zwar anerkannt, aber nicht in jedem Fall willkommen. Staatliche Entwicklungszusammenarbeit möchte zwar bürgerschaftliches Engagement fördern, doch eine Beteiligung zivilgesellschaftlicher Vertretungen auf Augenhöhe ist dabei nicht immer gegeben.

Die anstehenden Bundestagswahlen bieten eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und Ziele für eine bessere Entwicklungspolitik zu formulieren. VENRO wird sich insbesondere dafür einsetzen, dass zivilgesellschaftliches Engagement in den Entwicklungsländern und in unserer eigenen Gesellschaft deutlich stärker unterstützt wird. Nicht aus Verbands-Egoismus, sondern weil wir davon überzeugt sind, dass dies ein besonders erfolgversprechender Weg zur Überwindung von Armut und Ungleichheit ist. Wir danken allen, die uns dabei zur Seite stehen, und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Ulrich Post, Vorstandsvorsitzender von VENRO

Heike Spielmans, Geschäftsführerin von VENRO

Gespräch zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem VENRO-Vorstand im August 2012

Trends im zivilgesellschaftlichen Kosmos

Neben den »großen« Trends, die die Entwicklungspolitik 2012 beeinflussten – wie die sinkende Zahl armer Länder, zunehmende Ressourcenknappheit, weltpolitische Machtverschiebungen oder neue Geber –, waren im vergangenen Jahr ebenfalls »kleine« Trends im zivilgesellschaftlichen Mikrokosmos zu beobachten. Mit den damit verbundenen Herausforderungen werden wir uns innerhalb des Verbands und der einzelnen Organisationen zukünftig auseinandersetzen. Hier werfen wir einen Blick auf fünf Aspekte – ohne Anspruch auf vollständige Repräsentativität.

Der Entwicklungsetat sinkt

Erstmals seit einer Reihe von Jahren ist der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Deutschland wieder gesunken. Rund 60 Prozent der deutschen staatlichen Entwicklungsmittel stammen aus dem BMZ. Der Etat ist weiterhin mächtig unter Druck; eine erneute und deutliche Kürzung ist für 2014 zu befürchten, was erst der Anfang einer schlechten Entwicklung sein könnte. VENRO und seine Mitglieder haben sich immer für eine Erhöhung der deutschen ODA-Quote und des BMZ-Etats starkgemacht und werden das auch weiterhin tun. Dies basiert auf der Überzeugung, dass ein wirtschaftlich florierendes reiches Land verlässliche Solidarität mit besonders armen Ländern zeigen muss. Es wurzelt auch in der Erkenntnis, dass moderne, gestaltende Entwicklungspolitik mit deutlich mehr Kompetenzen als bisher ausgestattet sein muss und dafür ein stärkeres – und finanziell besser ausgestattetes – Ministerium notwendig ist.

Ferner brauchen wir mehr Mittel der Entwicklungszusammenarbeit (EZ), um zivilgesellschaftliches Engagement in den Entwicklungsländern und in unserer eigenen Gesellschaft deutlich stärker zu unterstützen. Die gewünschte Erhöhung des Etats sollte deshalb »qualifiziert« sein und möglichst die in den letzten Jahren fortgeschrittene »Verstaatlichung« der deutschen Entwicklungszusammenarbeit umkehren. Bei einem weiter sinkenden BMZ-Etat ist allerdings damit zu rechnen, dass sich der Wettbewerb um staatliche Mittel zwischen staatlichen Durchführungsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) und auch zwischen den NRO verschärft.

Große Konferenzen sind nicht der Ort für große Visionen

Im Vorfeld der gescheiterten Großkonferenz Rio + 20 im vergangenen Jahr gab es kaum eine Woche, in der nicht Seminare oder Workshops zu diesem Thema stattfanden. Und fast immer waren NRO daran beteiligt. Mindestens ebenso häufig wurde klar, dass wir in Rio Großes vorhatten, ganz Großes. Im VENRO-Papier zur Konferenz heißt es etwa: »Eine Veränderung des Konsumverhaltens und umweltgerechte Produktionsweisen … reichen nicht aus. Eine sozial und ökologisch gerechte Gesellschaft muss ein »gutes Leben für Alle« ermöglichen.« Nach der Konferenz, das müssen wir selbstkritisch eingestehen, sind diese Visionen wie eine Seifenblase zerplatzt.

Wir sind gut beraten, wenn wir in der Debatte um die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) und Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) auf dem Boden bleiben. Auch hier jagt längst eine Veranstaltung die nächste, auch hier haben wir die Erfolgslatte wieder sehr hoch gehängt. Visionen sind grundsätzlich eine gute Sache: Sie motivieren und orientieren, spornen an und geben Kraft. Ob UN-Konferenzen allerdings der richtige Ort dafür sind, ist äußerst fraglich. Zu häufig endete dort im Frust, was mit riesengroßen Hoffnungen begann.

Wunschzettel von zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern an die Rio+20-Konferenz.

Wir brauchen eine neue Kommunikation

Es wird immer deutlicher, dass reine »Elendskommunikation«, wie wir sie häufig zur Unterstützung der Arbeit in Partnerländern einsetzen, unsere Adressaten ermüdet. Wir benötigen daher neue Bilder und Botschaften für unsere Arbeit. Natürlich dürfen sie emotional sein. Allerdings sind nachweisbare Wirkungen, und seien sie noch so klein, besser als Geschichten, die bei der Beschreibung von Armut und Ungerechtigkeit stehen bleiben. Dies gilt vor allem dann, wenn die Wirkungen zu mehr Eigenverantwortung und Unabhängigkeit der Partnerorganisationen oder der Projektpartner führen. Unsere Kommunikation braucht den Dialog, muss einladender und freudvoller werden. Dann erreichen wir auch jüngere Zielgruppen. Allerdings sollten wir Begriffe wie »Hilfsorganisation« oder »Hilfswerk« aus unserem Vokabular streichen.

Entwicklung betrifft uns alle

Die Post-2015-Debatte birgt viele Chancen: Beispielsweise dass wir beim Begriff »Entwicklung« nicht nur auf arme Entwicklungsländer schauen, sondern auf den Planeten als Ganzes und damit auch auf unser Land. Vielleicht überwinden wir dabei auch die zivilgesellschaftliche Zersplitterung in unserem Land und schmieden neue Bündnisse, die den Blick stärker auf globale Zusammenhänge richten und Einfluss nehmen wollen. Wir brauchen neue und tiefergehende Kooperationen – zunehmend auch solche, die über den nationalen Tellerrand hinausgehen.

Freiwilliges Engagement verändert sich

Gewerkschaften, Parteien oder Kirchen haben an Attraktivität und Bindungskraft wie auch an Glaubwürdigkeit und Vertrauen verloren. Diese Entwicklung macht auch vor etablierten NRO nicht Halt. Soziales Engagement findet immer öfter in neuen Formen statt und ist häufig kurzfristiger und spontaner. Bisher gibt es darauf nur rudimentäre Antworten, wir müssen uns jedoch diesen Veränderungen stellen: So auch der Tatsache, dass Regierungen reicher Länder zunehmend zivilgesellschaftliche Organisationen in den Partnerländern direkt unterstützen und nicht mehr den »Umweg« über Nord-NRO machen. Oder der Möglichkeit, »per Mausklick zum Mikrokredit« zu kommen, also Projekte direkt vom heimischen Rechner aus zu fördern.

In vielen Mitgliedsorganisationen sind diese Aspekte bereits Teil aktueller Diskussionen, wobei der Veränderungsbedarf beziehungsweise die Veränderungsnotwendigkeit durchaus unterschiedlich bewertet wird. Für einen weiteren Austausch wird VENRO seinen Mitgliedern deshalb eine Plattform anbieten, die den Austausch und das gegenseitige Lernen zu diesen und ähnlichen »kleinen Trends« ermöglicht.

Ulrich Post
ist Vorstandsvorsitzender von VENRO.

Workshop »Globale Nachhaltigkeitsziele und Post-2015-Entwicklungsagenda« im September 2012

Dr. Klaus Seitz, Vorstandsmitglied von VENRO, und Jens Martens, Geschäftsführer des Global Policy Forum

Danuta Sacher, Geschäftsführerin von terre des hommes

Was kommt nach den MDG?

VENRO befasst sich seit einem Jahr intensiv mit der Frage, was nach dem Jahr 2015 mit den Millenniumsentwicklungszielen (MDG) geschehen soll. Und auch zahlreiche Mitglieder sind dabei, eigene Positionen und Vorschläge für ein neues Zielsystem nach 2015 zu erarbeiten. Dabei stellt sich die Frage, warum so viel Aufwand für eine Vereinbarung der Vereinten Nationen (UN) betrieben wird, deren Umsetzung noch in weiter Ferne liegt.

Die MDG sind zurzeit eine der wichtigsten Orientierungen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit. In einer Zeit, in der globale Verhandlungen und Konferenzen regelmäßig erfolglos oder enttäuschend verlaufen, haben die MDG große Akzeptanz erreicht. In vielen Ländern orientiert sich Entwicklungspolitik an den MDG. Dies gilt auch für einen großen Teil der Projekte von Nichtregierungsorganisationen (NRO). Es liegt auch die Vermutung nahe, dass ohne die MDG weniger Geld für die Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt worden wäre. Somit ist es nicht verwunderlich, dass VENRO sich dafür einsetzt, dass die MDG in den nächsten Jahren weiterhin konkret umgesetzt und für die Zeit nach 2015 weiterentwickelt werden.

DISKUSSIONSPAPIER

Zivilgesellschaftliche Anforderungen an eine Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda nach dem Jahr 2015

Anstrengungen verstärken

In den nächsten Jahren bis 2015 gilt es daher nicht nachzulassen, sondern die Anstrengungen zu verstärken. Es sollten die MDG in den Vordergrund gestellt werden, bei denen bisher nur geringe Fortschritte erzielt werden konnten. Bei den Ländern sollten vor allem die fragilen Staaten in den Blick genommen werden. Es besteht sonst die Gefahr, dass die MDG als Gesamtgefüge an Stärke verlieren und sich Staaten mit Erfolgen bei einzelnen Zielen zufriedengeben. Erfreulich ist, dass Ziele, wie die Halbierung extremer Armut und die Halbierung des Anteils von Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser, bereits erreicht worden sind. Dies sollte Motivation genug sein, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass alle Ziele erreicht werden. Inwieweit allerdings die Bundesregierung bereit ist, dies zu tun und entsprechende Mittel bereitzustellen, muss angesichts der Kürzungen der Entwicklungsgelder und des geringen Stellenwertes der MDG infrage gestellt werden.

Bei der Weiterentwicklung der MDG ist es wichtig, Stärken, wie eine einfache Nachvollziehbarkeit, klare Messbarkeit vieler Unterziele und die Mobilisierungswirkung des Zielsystems, beizubehalten. Die Erfahrungen der letzten Jahre, die auch deutlich Grenzen aufgezeigt haben, sollten berücksichtigt werden. So wird etwa Armut vor allem als Einkommensarmut verstanden, während strukturelle Fragen, wie die Ungleichverteilung von Vermögen, Landbesitz, politischer Macht und Geschlechtergerechtigkeit, zu kurz kommen. Ferner fokussieren die Ziele vor allem auf die Länder des Südens, während die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Zielsystem kaum berücksichtigt werden.

Heike Spielmans, Geschäftsführerin von VENRO

Dr. Imme Scholz, stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik

Sven Harmeling, Teamleiter Internationale Klimapolitik bei Germanwatch

Gefahr der Überfrachtung

Dabei besteht die Gefahr, die MDG zu überfrachten und mit ihnen alles regeln zu wollen. Wenn dies geschieht, ist die nächste Generation der MDG zum Scheitern verurteilt, da sie dann zu komplex und unübersichtlich werden. Details von Klima- und Handelsfragen sollten durch die entsprechenden Prozesse und Konventionen geregelt werden, auch wenn es Überschneidungen gibt. Die MDG sollten sich auf die globale Überwindung der Armut, auf die menschliche Entwicklung sowie die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen konzentrieren. Dabei darf Armut, wie bereits angedeutet, nicht auf rein wirtschaftliche Aspekte, wie das Einkommen einer Person, reduziert werden. Armut hat viele Dimensionen, die angegangen werden müssen, um menschliche Entwicklung zu erreichen. Hierzu gehören der Zugang zu qualitativ guter Gesundheitsversorgung und Bildung, aber auch Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte.

Zurzeit erarbeitet der Verband gemeinsam mit seinen Mitgliedern eine Positionierung zum Post-2015-Prozess. Wichtig dabei ist die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, wie dem Forum Umwelt und Entwicklung, dem Forum Menschenrechte und dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Nur so kann gemeinsam Einfluss genommen werden – insbesondere im Vorfeld des UN-Gipfels zu den MDG, der im September in New York stattfinden wird. Dies wird vor allem im Vorfeld der UN-Generalversammlung zu den MDG einen Schwerpunkt bilden.

Neues globales Rahmenwerk erforderlich

Der Prozess der Positionierung ist zwar noch nicht abgeschlossen, aber es zeichnet sich bereits jetzt ein Konsens darüber ab, was nach den MDG folgen sollte. Es muss ein weiterentwickeltes Zielsystem von MDG geben, das auf einer neuen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda, also auf einem neuen globalen Rahmenwerk, basiert. Dies bedeutet, dass lediglich eine Ergänzung und Fortschreibung der alten Ziele bei Weitem nicht ausreicht.

Der UN-Gipfel Rio+20 im vergangenen Jahr hat einen weiteren Prozess in Gang gesetzt, um globale Nachhaltigkeitsziele (SDG) zu entwickeln. Wichtig ist, dass beide Prozesse zusammengeführt werden, um dann im Jahr 2015 in einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeits-Agenda zu münden. Armutsbekämpfung, Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen gehören untrennbar zusammen, dies muss seinen Ausdruck in einem neuen globalen Zielsystem finden.

Wichtiger als konkrete Ergänzungen und Anpassungen der MDG ist, dass das Grundverständnis der globalen Partnerschaft für die Entwicklung neu definiert wird. Entscheidend ist dabei, dass das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung einfließt. Das bedeutet konkret, dass es nicht nur Ziele für Länder des Südens gibt, sondern für alle Länder.

Während die Millenniumsdeklaration die Bedeutung der Menschenrechte betont, sind die MDG nicht an ihnen ausgerichtet. Ein weiterentwickeltes Zielsystem muss auf einem universellen Menschenrechtsansatz aufbauen. Nur so kann die Allgemeingültigkeit der MDG für alle Menschen durchgesetzt und sicher gestellt werden, dass trotz bereits erzielter Fortschritte weitere Anstrengungen unternommen werden, um die Ziele für alle Menschen zu erreichen. Dies kann aber nur dauerhaft durch Partizipation, Empowerment und die Pflicht der Staaten zu Transparenz und Rechenschaftslegung erreicht werden.

Inwieweit es VENRO und seinen Mitstreitern gelingen wird, seine Anliegen durchzusetzen, bleibt noch abzuwarten. Fest steht, dass der Dialog über zukünftige Entwicklungswege und Gesellschaftsmodelle für den Verband eine Bereicherung ist. Dies wird auch Auswirkungen auf die Arbeit der Mitgliedsorganisationen haben. Das beeindruckend große Interesse an dem Prozess ist ermutigend.

Albert Eiden
ist Vorstandsmitglied von VENRO.

Gastkommentar:
Was kann Deutschland für eine nachhaltige Entwicklungsagenda tun?

»Welcher Art und wie tiefschürfend ihre Differenzen auch sein mögen, es gibt eine Gemeinsamkeit der Interessen von Norden und Süden. Das Schicksal beider ist eng miteinander verbunden. Die Suche nach Lösungen ist deshalb kein Akt der Wohltätigkeit, sondern eine Bedingung gemeinsamen Überlebens.« WILLY BRANDT, 1980

Die Auffassung, dass die reichen Länder eine Verantwortung für die Entwicklung in den Ländern des Globalen Südens tragen und auch von ihnen profitieren könnten, wurde vor über dreißig Jahren vom damaligen deutschen Bundeskanzler Willy Brandt formuliert. Brandt war seinerzeit Vorsitzender der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen, der sogenannten Brandt-Kommission, die das Denken in der Entwicklungszusammenarbeit auf Jahrzehnte prägte. Der Bericht der Brandt-Kommission besagte, dass ein groß angelegter Transfer von Geldmitteln vom Norden in den Süden sich auf den Norden anti-inflationär auswirken, der Weltwirtschaft innerhalb kurzer Zeit aus der Rezession heraushelfen und auf längere Sicht zu einem größeren Wachstum beitragen werde. Insgesamt werde dies die Expansion des Welthandels entscheidend befördern, das Wachstum in den Entwicklungsländern unmittelbar unterstützen und dabei gleichsam Wachstum und Beschäftigung im Norden steigern sowie die Finanzmärkte stabilisieren.

Dieser Transfer der Ressourcen sollte sich zunächst auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts der Industrieländer belaufen und »bis zum Ende der Dekade auf ein Prozent angehoben werden«, wodurch eine in den 70er-Jahren von den Industrieländern der UN zugesagte Verbindlichkeit in die Tat umgesetzt werden würde. In den folgenden Jahrzehnten fügten die Industrieländer ihrer Liste an Verbindlichkeiten zur Entwicklungszusammenarbeit weitere wichtige Versprechen hinzu:

Zu Beginn der Handelsgespräche im Rahmen der Doha-Entwicklungsrunde sagten die Industrieländer 2001 zu, ihre Agrarsubventionen abzuschaffen und somit einen Ausgleich für die zahlreichen Verbindlichkeiten zu schaffen, die die Entwicklungsländer in der vorangegangenen Uruguay-Runde eingegangen waren. Diese Zusage wurde 2005 in der Ministererklärung von Hongkong wiederholt.

Während der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey im Jahr 2002 wurden Veränderungen in der Führung von Weltbank und IWF zugesagt, die den Entwicklungsländern eine stärkere Stimme und ein stärkeres Votum verschaffen sollten.

Die wesentlichen Aspekte dieser Zusagen bezüglich Handel, Finanzen und Global Governance wurden in Ziel 8 der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) zu »globaler Partnerschaft« festgehalten.

Keines dieser Ziele wurde erreicht: Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) belief sich nach Berechnung der OECD im Jahr 2011 auf lediglich 0,31 Prozent des Bruttosozialprodukts der Geberländer, was exakt dem Prozentsatz aus dem Jahr 1992 entspricht. Und der Trend scheint eher abwärts zu gehen, nachdem er 2005 bei 0,33 Prozent seinen bisherigen Höhepunkt erreicht hat – was weniger als die Hälfte des ursprünglich zugesagten Satzes ausmacht. Einigen der ärmsten Entwicklungsländer wurden ihre Schulden bilateral wie auch multilateral erlassen, doch wurde nie ein internationaler Mechanismus zur Schuldenumwandlung etabliert, und Europa muss nun selbst dafür büßen, dass es keine festgelegte Rahmenverordnung hierfür gibt. Handelsgespräche liegen brach, ohne zu irgendeinem Ergebnis zu führen – von einem Ergebnis, das den Entwicklungsländern zum Vorteil gereichte, ganz zu schweigen.

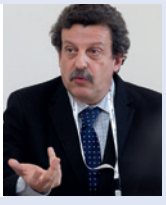
Unterdessen sehen sich die Entwicklungsländer mit zwei wesentlichen neuen Problemen konfrontiert: den Auswirkungen der globalen Finanzkrise und des Klimawandels. Obwohl sie keinen Anteil an der Entstehung dieser Probleme hatten, sind sie stärker von ihnen betroffen als jene Länder, die sie durch ihre Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten verursacht haben.

Während die Lösung der Probleme des Südens im Jahr 2000 von einem durch den Norden ermöglichten Zugang zu den Märkten, zu Geldmitteln oder Technologie abzuhängen schien, ist 2013 die im Süden vorherrschende Wahrnehmung, dass die globalen Probleme ihren Ursprung im Norden haben.

Die Vereinten Nationen haben deshalb einen Prozess zur Erarbeitung einer »Post-2015-Entwicklungsagenda initiiert. Diese soll auf die 2015 auslaufenden MDG folgen und eine Reihe nachhaltiger Entwicklungsziele etablieren.

Deutschland hat als das Land mit dem größten Handelsüberschuss in Europa und dem weltweit zweitgrößten nach China eine besondere Verantwortung. Aus dem Überschuss des einen ergibt sich das Defizit des anderen. Auch wenn beide Seiten daran arbeiten, die strukturellen Ungleichgewichte zwischen Norden und Süden aufzuheben, so haben diejenigen die größere politische Entscheidungsfreiheit, die die Gewinne einfahren. Deutschland sollte deshalb ein dringendes Interesse daran haben, aufrichtige globale Neuverhandlungen der alten Verbindlichkeiten zu initiieren, in eben dem Geiste von Treu und Glauben, gutem Willen und ehrlicher Sorge um die Natur und den Menschen – ganz nach dem Vorbild der 80er-Jahre.

Roberto Bissio
ist Leiter des Third World Institute in Uruguay und Koordinator von Social Watch.



EU soll zum »besten« Geber werden

Noch immer ist die Europäische Union (EU) der größte Geber von Entwicklungszusammenarbeit. Mit der Agenda für den Wandel, die den Europäischen Konsens in der Entwicklungszusammenarbeit und das Kohärenzgebot ergänzen will, soll die EU nun auch zum »besten« Geber werden.

Es ist bis heute unklar, wie sich die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen und den Haushalt 2013 gestalten und ob die vorgeschlagenen Kürzungen im Budget für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) bleiben werden. Die EU hält weiterhin am 0,7-Prozent-Ziel und dem dazugehörigen Stufenplan fest. Insgesamt 85 Prozent der EU-Bürgerinnen und Bürger unterstützen laut Eurobarometer diese Politik, weil sie Armut verringert und Menschen neue Hoffnung gibt. Auch die irische EU-Präsidentschaft hat die europäische EZ zu einer Priorität erklärt, insbesondere in Hinblick auf die globalen Nachhaltigkeitsziele nach 2015.

Agenda für den Wandel

Mit der Agenda für den Wandel stellt die EU den Einsatz für Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung in den Mittelpunkt ihrer entwicklungspolitischen Kooperation und will die menschliche Entwicklung durch ein innovatives Wachstum fördern, das auf inklusive und nachhaltige Wachstumsstrategien Rücksicht nimmt. Die Stärkung von Frauen und soziale Stabilität sind dabei von Bedeutung.

Die Entwicklungshilfe soll sich stärker nach dem Demokratisierungsgrad richten und sich auf die ärmsten Länder konzentrieren. Das ist durchaus richtig. Wer aber das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen als Basis für die Zuweisung von Entwicklungshilfe nutzt, missachtet die Tatsache, dass nationale Durchschnittswerte nur wenig über die Potenziale eines Landes aussagen, Armut zu bekämpfen.

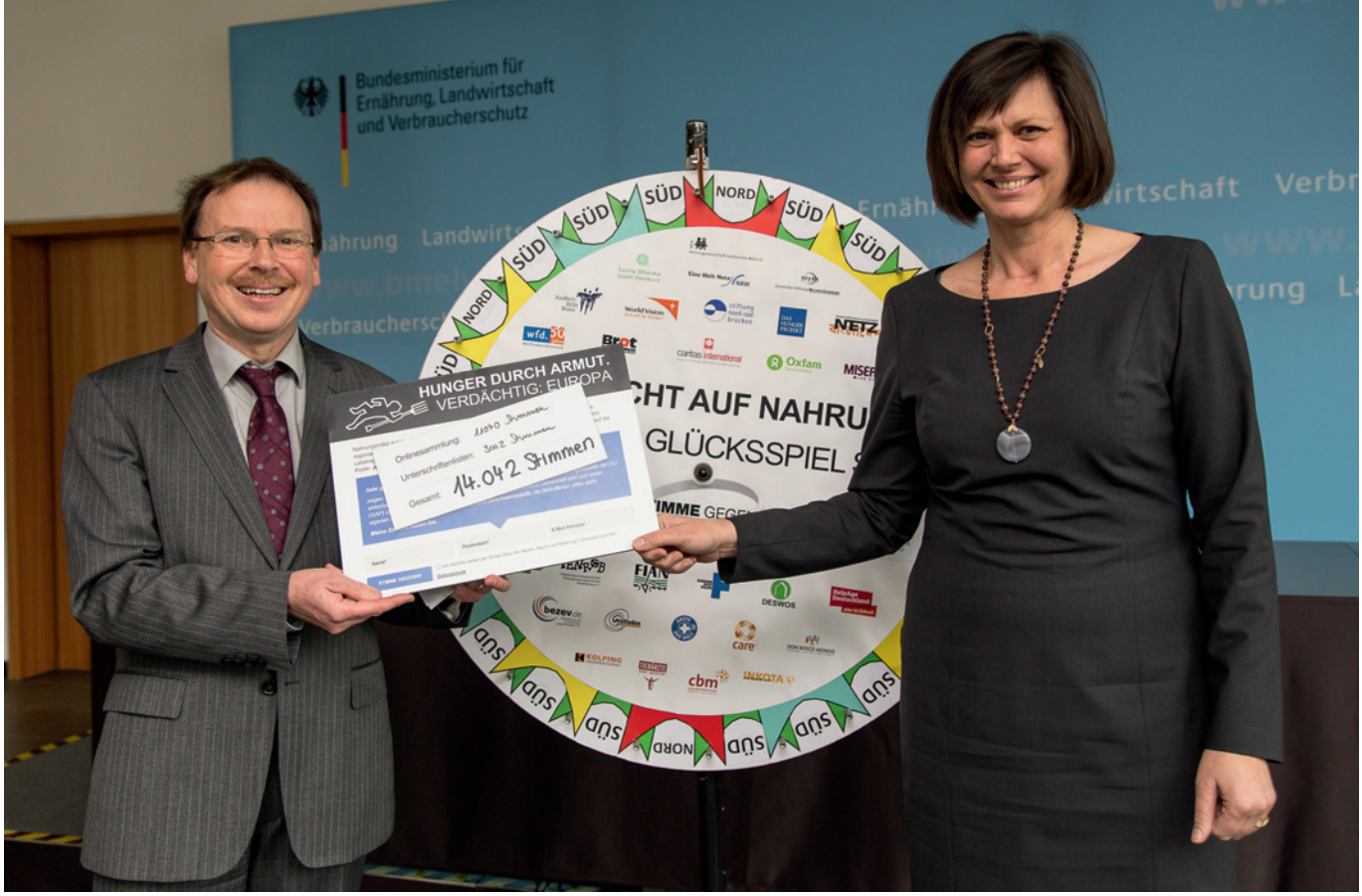
Die EU will in autoritär oder diktatorisch regierten Ländern die Hilfe verringern, die an die Regierung geht, und stattdessen stärker mit Nichtregierungsorganisationen und kommunalen Behörden zusammenarbeiten. Ziel der Entwicklungshilfe wäre dann vor allem die Unterstützung der Armen. Das Engagement konzentriert sich dabei auf die ärmsten Länder und die Linderung sozialer Not, vor allem mangelnde Gesundheitsvorsorge und Bildung. Es sollen weniger Bereiche gefördert werden als bisher und vor allem solche, die langfristig am wichtigsten für das Wachstum sind. Zudem will die Kommission stärker auf die Beachtung der Menschenrechte achten.

Großes Eigeninteresse

Die Entwicklungszusammenarbeit der EU muss auch daran gemessen werden, wie das Kohärenzgebot des Lissabon-Vertrages respektiert wird. Die Politiken in den Bereichen Agrar, Fischerei und Handel sind nicht überzeugend. Insbesondere die Exportförderungspolitik sowie die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind trotz ihrer Kohärenzrelevanz nicht auf entwicklungspolitische Ziele und Aktionen abgestimmt.

Gerade in diesen Politikbereichen ist das Eigeninteresse der Europäischen Union sichtbar. Alle Handels-, Assoziierungs- und Fischereiabkommen der Europäischen Union müssen gründlicher und umfassender auf ihre Auswirkungen auf Entwicklungsländer untersucht und entwicklungsfreundlicher gestaltet werden.

Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath
ist stellvertretende Vorstandsvorsitzende von VENRO.



Dr. Klaus Seitz, Vorstandsmitglied von VENRO, übergibt mehr als 14.000 Stimmen für das Recht auf Nahrung an Bundesagrarministerin Ilse Aigner.

EU-Agrarpolitik: Recht auf Nahrung umsetzen

Die fragwürdigen Auswirkungen einer zunehmend auf die Förderung industrieller Massenproduktion ausgerichteten europäischen Agrarpolitik spüren nicht nur wir Verbraucher, wie im Fall von Gammelfleisch oder verseuchten Futtermitteln. Auch in Afrika, Lateinamerika und Asien bekommen insbesondere die ärmsten Bevölkerungsschichten die negativen Auswirkungen einer fehlgeleiteten EU-Agrarpolitik sehr deutlich zu spüren – einer Politik, die vor allem auf eine Produktions- und Exportsteigerung durch billige Herstellung setzt. Mit ihren Exporten untergräbt die EU in vielen Fällen die Ernährungssicherung der ärmeren Produzenten in Entwicklungsländern. Billigimporte, die dort auf die heimischen Märkte drängen, zerstören die Existenzen kleinerer lokaler Bäuerinnen und Bauern, Weiterverarbeiter und Vermarkter. Dies ist nicht – wie manchmal von den Vertreterinnen und Vertretern der europäischen Agrarlobby betont wird – ein Beitrag gegen den Hunger in der Welt, sondern untergräbt die Ernährungssouveränität der lokalen Bevölkerung zugunsten von Gewinnsteigerungen einiger weniger Akteure.

Einseitige Agrarförderung

Die direkten Agrarexportsubventionen sind dabei nur das bekannteste Instrument, aber schon lange nicht mehr das bedeutendste. Es gibt weitere Instrumente, die von der EU angewandt werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. So wird das in Europa erzeugte Futter für die Fleischerzeugung mit Direktzahlungen je Hektar gefördert. Wichtige Komponenten des Kraftfutters, wie Ölsaaten und -schrote, können praktisch zollfrei importiert werden, Stallbauinvestitionen werden undifferenziert mit bis zu 50 Prozent der Investitionssumme gefördert, und aus dem Bereich der Marktordnung fließen teils Millionenbeträge an Schlachthof- und Molkereikonzerne. Die europäischen Fleisch- und Milchmärkte werden mit hohen Zöllen geschützt. Die Summe direkter und indirekter Agrarförderung zugunsten der intensiven Schweine- und Geflügelfleischproduktion in Deutschland wird auf über eine Milliarde Euro pro Jahr geschätzt.

Die bewusst vorangetriebene Steigerung bei der Erzeugung von Milch und Fleisch ist stark abhängig von günstigen Futtermitteln, vor allem Soja, das in großem Maße aus Südamerika importiert wird. Dafür werden dort nicht nur Wälder abgeholzt, sondern auch immer öfter Kleinbäuerinnen und -bauern von ihren Ländereien vertrieben. Das Recht auf Nahrung wird dadurch mit Füßen getreten.

Entwicklungspolitische Dimension

Die Frage, wie nach 2013 die neu zu gestaltende EU-Agrarpolitik aussehen wird, ist daher nicht nur eine europäische Frage, sondern hat auch eine entwicklungspolitische Dimension. Vor diesem Hintergrund war es nur konsequent,

Eindrücke vom »Deine Stimme gegen Armut«-Konzert im Januar 2013 im Anschluss an die Agrardemonstration »Wir haben es satt!«

dass VENRO mit seiner Kampagne »Deine Stimme gegen Armut – Entwicklung braucht Beteiligung« dieses Thema im Jahr 2012 in den Mittelpunkt seiner Aktionen gestellt hat.

Gemeinsam mit Akteuren wie dem Bündnis »Meine Landwirtschaft« fordert VENRO, dass das Recht auf Nahrung in die Gesetze zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) aufgenommen wird. Zudem soll eine Beschwerdestelle eingerichtet werden, die es Betroffenen ermöglicht, sich bei einem Verstoß direkt an die EU zu wenden. Auch die angestrebte stärkere Ausrichtung der EU-Direktzahlungen für Landwirte an ökologischen Kriterien ist wichtig, nicht nur für unsere Umwelt, sondern auch für die Bäuerinnen und Bauern in Entwicklungsländern. Denn die hohen Futtermittelimporte verringern sich dank der Förderung einheimischer Körnerleguminosen, und die produzierten Mengen an Milch, Fleisch und Getreide in Europa werden bedarfsgerechter produziert. Dadurch drückt die Überproduktion dann nicht mehr auf den Weltmarkt und lokale Märkte werden nicht mehr mit Billigprodukten aus Europa überschwemmt.

»Wir haben Agrarindustrie satt«

Am 19. Januar fand in Berlin die »Wir haben Agrarindustrie satt«-Demo statt, zu der auch die Kampagne »Meine Landwirtschaft« und »Deine Stimme gegen Armut« aufgerufen hatte. 25.000 Demonstrantinnen und Demonstranten machten sich für eine gerechte und ökologische Agrarwirtschaft stark, 70 Traktoren begleiteten den Demonstrationszug. Abends fand von »Deine Stimme gegen Armut« ein »Music & Message«-Konzert Konzert statt, auf dem auch Stimmen für das Recht auf Nahrung gesammelt wurden.

Zum Abschluss der Kampagne wurden am 22. Februar dieses Jahres mehr als 14.000 Stimmen zum Recht auf Nahrung an Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner übergeben. Die Ministerin wurde aufgefordert, sich bei den laufenden GAP-Reformverhandlungen dafür einzusetzen, dass das Recht auf Nahrung angemessen berücksichtigt wird. Die GAP-Reform soll voraussichtlich 2014 in Kraft treten.

Dr. Bernd Bornhorst
ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender von VENRO.

UN/NRO-Camp für Erdbebenopfer in Pakistan

Humanitäre Hilfe: Im Zeichen des Dialogs

Das Jahr 2012 stand im Zeichen des Dialogs mit staatlichen Akteuren. Dabei haben vier Marksteine die Arbeit des Bereiches humanitäre Hilfe geprägt: die sogenannte »Ressortvereinbarung«, die Gemeinschaftsevaluierung der deutschen humanitären Hilfe, die Strategie des Auswärtigen Amtes (AA) zur humanitären Hilfe sowie schließlich das Papier zur Interaktion mit der Bundeswehr. Wortungetüme zwar, aber mit viel Relevanz.

Ein Paukenschlag am Jahresende 2011 war erst in 2012 richtig zu hören: Die überraschende Ressortvereinbarung zwischen AA und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), nach der die ursprünglich auf beide Ressorts verteilte humanitäre Hilfe künftig vom AA gesteuert wird, wurde von vielen Nichtregierungsorganisationen (NRO) mit großer Sorge aufgenommen. Wie wirkt sich die Konstruktion auf die Wahrung humanitärer Prinzipien aus? Und was passiert mit der Förderung entwicklungsorientierter Nothilfe? VENRO hat darauf sehr rasch mit einem Eckpunktepapier reagiert, das der politischen Ebene konstruktive Vorschläge und Stellungnahmen zur Neuordnung der humanitären Hilfe unterbreitet hat. Die Zusammenlegung der beiden Haushaltstitel wurde grundsätzlich begrüßt, und gleichzeitig werden wichtige Prinzipien für die Arbeit von NRO betont. Viele VENRO-Positionen sind dann in die späteren Förderkonzepte eingegangen.

Der Verband hat sich ebenso intensiv mit der von BMZ und AA in Auftrag gegebenen Gemeinschaftsevaluierung befasst, die 2012 vorgestellt wurde. In erster Linie richteten sich deren Empfehlungen zwar an die Adresse der beiden Bundesressorts, berücksichtigten aber gleichzeitig viele NRO-relevante Punkte, einige davon kritisch: »Zu langes Arbeiten im Nothilfemodus, zu wenig Kontextanalyse, zu wenig internationale Beteiligung« – so lautet kurzgefasst die Kritik, die in der Arbeitsgruppe (AG) Humanitäre Hilfe analysiert und mit vielen anderen Punkten dann in einer Stellungnahme verarbeitet wurde. VENRO hat darin vor allem die an die Auftraggeber der Evaluierung – also BMZ und AA – gerichtete Hauptempfehlung positiv aufgegriffen: Die Bundesregierung solle ein strategisches Gesamtkonzept entwickeln, das Prioritäten und Schwerpunktsetzungen ermöglicht und die breite Streuung der humanitären Finanzierung eindämmt. Mitte des Jahres startete dann ein sehr intensiver und konstruktiver Dialog mit dem AA. Die Arbeit hat sich gelohnt, denn die im November präsentierte Strategie, die erstmals alle Bereiche der deutschen humanitären Hilfe zusammenfasst, enthält ein gutes Grundkonzept für die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen in der humanitären Hilfe. Stellenwert, Flexibilität und Fachkompetenz der NRO werden explizit gewürdigt und wichtige Arbeitsbereiche definiert, darunter auch Aktionsfelder, in denen NRO ausgewiesene Erfahrung haben. Rechenschaft und Qualität sind weitere Themen, die VENRO behandelt hat. Hier müssen für die Zukunft noch bessere Lösungen gefunden werden.

Ein anderes, sehr wichtiges und sensibles Thema ist die Beziehung zu militärischen Akteuren. Umso erfreulicher ist es, dass in einem teilweise kontrovers geführten Dialog gemeinsam mit dem Bundesverteidigungsministerium (BMVg) und unter Beteiligung von AA und BMZ ein Papier mit praktischen Empfehlungen zur Gestaltung von Begegnungen, Kontakten und Kommunikation entworfen wurde. Die AGs Humanitäre Hilfe und Afghanistan haben sehr viel praktisches Fachwissen in diesen Prozess eingebracht.

Das Resümee: Die Beiträge von VENRO sind anerkannt, willkommen und in den verschiedenen Papieren erkennbar. Das allein reicht jedoch nicht: Wir haben gemeinsam mit den staatlichen Akteuren wichtige theoretische Rahmensetzungen erreicht, deren praktische Relevanz und Prägung sich erst noch zeigen werden. VENRO wird deshalb seinen konstruktiv-sachlichen Dialog und die fachliche Beobachtung dieser Konzepte fortführen und nach einem Jahr, das – notgedrungen – vom Dialog mit staatlichen Akteuren geprägt war, auch wieder stärker eigene Themen definieren und voranbringen.

Sid Johann Peruvemba
ist Vorstandsmitglied von VENRO.

NRO-Projekt in Ägypten zur Gleichstellung von Frauen und Männern

Ägypten: Frauen nach der Revolution

Frauen waren an der ägyptischen Revolution, die am 25. Januar 2011 ausbrach, maßgeblich beteiligt. Von Beginn an waren ägyptische Frauen mit unterschiedlichem sozialen, politischen und religiösen Hintergrund aktiv in die Aktionen der Revolution involviert. Sie nahmen an Demonstrationen, Streiks und Sitzblockaden teil, übernahmen die medizinische Versorgung der Opfer der Revolution und mobilisierten Ressourcen und Geld.

Nach der erfolgreichen Revolution und dem Sturz von Präsident Mubarak waren die Erwartungen an eine Stärkung der Rechte von Frauen sehr hoch. Frauenrechte standen als Teil der demokratischen Transformation des ägyptischen Staats ganz oben auf der politischen Agenda. Dabei waren die Herausforderungen groß, mit denen sich Frauenrechtsorganisationen konfrontiert sahen – insbesondere in Hinsicht auf die Verbesserung des gesellschaftspolitischen Status von Frauen.

Islamisch orientierte Parteien nahmen bereits in der ersten Nationalratswahl nach der Revolution rund 70 Prozent der Sitze im Parlament ein. Gleichzeitig wurden extremistische religiöse Stimmen aus Gesellschaft und Parlament immer lauter. Diese forderten, den sozialen und rechtlichen Status der Frau zu überdenken und sich stärker an der Scharia zu orientieren. Zudem wurde die Quotenregelung für Frauen im Legislativrat widerrufen, und zahlreiche Gesetzesentwürfe wurden vom Parlament wieder aufgehoben. Hierzu zählt etwa das Gesetz gegen die weibliche Genitalverstümmelung, das Recht der Frau auf Scheidung und das Mindestheiratsalter von 18 Jahren. Schließlich wurde eine neue ägyptische Verfassung beschlossen, die den Frauen nicht die gleichen Rechte wie Männern einräumt, sondern sie aufgrund ihres Geschlechtes diskriminiert.

Scharia vor bürgerlicher Freiheit

Diese politische Atmosphäre führte dazu, dass die ägyptischen Frauen, unabhängig von ihrem kulturellen, religiösen oder ethnischen Hintergrund, fürchten, ihre bürgerliche Freiheit zu verlieren und Verschlechterungen ihres rechtlichen Status im Islam sowie Diskriminierungen hinnehmen zu müssen.

Und doch bieten diese Herausforderungen auch die Chance, neue Visionen und Strategien zur Verwirklichung der Frauenrechte zu entwickeln. Mittlerweile analysieren immer mehr Nichtregierungsorganisationen (NRO), Netzwerke und Menschenrechtsaktivisten das Thema Frauenrechte aus unterschiedlichen Perspektiven. Gemeinsames Ziel ist es, die Rechte der Frauen in der politischen und medialen Agenda zu verankern. So wurde zum Beispiel als Reaktion auf die streng fundamentalistischen Gruppierungen die islamisch feministische Bewegung wiederbelebt. Ihre Aufgabe ist es, den Koran und die Sunna des Propheten Mohammed im Hinblick auf Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter zu untersuchen.

Die extremistischen Auslegungen von Frauenrechten durch die radikalislamischen Salafisten haben die Al-Azhar-Universität in Kairo dazu bewogen, eine gemäßigte Stellungnahme zu den Rechten von Frauen im Islam zu verfassen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Universität hat sich ihr Großscheich, Dr. Ahmed El Tayeb, mit ägyptischen Frauen getroffen, um ihre Hoffnungen und Sorgen anzuhören und über die Erklärung zu diskutieren.

Jetzt bleibt nur die Frage, wie diese Potenziale am besten ausgeschöpft werden können?

Am wichtigsten ist, die Zusammenarbeit zwischen Frauenrechtsorganisationen und NRO mit religiösem Hintergrund zu fördern. Es muss ein gemeinsamer Ansatz zur Unterstützung notleidender Frauen gefunden werden, der auf der Wahrung von Bürgerrechten beruht und nicht auf wohltätigen Motiven. Dann ist es wichtig, dass die islamische feministische Bewegung darin unterstützt wird, den patriarchalischen Interpretationen des Islam zu widerstehen und stattdessen eine gemäßigte Auslegung zur Förderung von Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter zu betreiben.

Vivian Fouad
ist Entwicklungsexpertin beim »National Population Council« in Kairo.

Ein Junge spricht auf dem Nationalen Kinderforum in Paraguay. Das Forum setzt sich gemeinsam mit der ecuadorianischen Regierung für bessere Gesetze zum Schutz von Kindern ein.

Kinder und ihre Rechte stärken

Im Jahr 2009 wurde der VENRO-Kodex zu Kinderrechten von den Mitgliedern des Verbandes verabschiedet. Ziel des Kodexes ist der Schutz von Kindern vor Missbrauch und Ausbeutung in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe. Die Mitgliedsorganisationen verpflichten sich, den Kodex zu beachten und bei ihrer Arbeit umzusetzen. Zudem sollen die Mitglieder Standards zum Schutz von Kindern als Qualitätsmerkmal ihrer In- und Auslandsarbeit etablieren.

2012 hat die Arbeitsgruppe Kinderrechte und Entwicklungszusammenarbeit eine Umfrage zur Umsetzung des Kodexes durchgeführt. Dabei wurde deutlich, dass rund die Hälfte der Verbandsmitglieder mit der Umsetzung zwar begonnen hatte, aber dass immer noch viel Unsicherheit bezüglich der geeigneten Instrumente bestand. Im Mai 2012 wurde dann ein Workshop organisiert, der sich mit der Erstellung von Kindesschutz-Richtlinien befasste und der Frage nachging, wie Mitarbeitende und Partner für die Umsetzung der Richtlinien gewonnen werden können. Zudem wurden die Schulungsmaterialien »Aktiver Kindesschutz konkret« vorgestellt, die in Kooperation mit ECPAT Deutschland und der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend entstanden sind.

Ein weiteres Ziel der AG ist es, Kinderrechte in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zu verankern. So haben die AG-Mitglieder das BMZ-Positionspapier »Junge Menschen in der deutschen Entwicklungspolitik, Beitrag zur Umsetzung der Rechte von Kindern und Jugendlichen« kritisch begleitet und sind durch ihre Teilnahme an den BMZ-Themen-Teams »Kinder- und Jugendrechte in der EZ« an der Umsetzung beteiligt.

Im Dezember 2011 hat die UN das dritte Zusatzprotokoll zur UN-Konvention über die Rechte des Kindes beschlossen. Dies ist ein wichtiges Instrument zur Verwirklichung der Rechte von Kindern und Jugendlichen, da es den Minderjährigen ein Beschwerderecht einräumt, falls das nationale Recht ausgeschöpft ist. Die Bundesrepublik hat als einer der ersten Staaten das Zusatzprotokoll ratifiziert. Um das Protokoll aber auch konkret umzusetzen, muss Deutschland noch einiges tun. Denn bisher gibt es kaum Institutionen, die die Beschwerden von Kindern und Jugendlichen annehmen könnten.

Samia Kassid
ist Sprecherin der VENRO-Arbeitsgruppe »Kinderrechte und Entwicklungszusammenarbeit«.

Das WASH-Netzwerk und die WASH-AG bei einer gemeinsamen Aktion auf der Bonner Konferenz zu Wasser, Energie und Ernährung im Jahr 2011.

WASH: Fundament für nachhaltige Entwicklung

Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene (WASH), das sind drei Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit (EZ), die heutzutage miteinander verzahnt sind und als ein Sektor gedacht werden. Das war nicht immer so: Lange Zeit fokussierten sich die internationalen Bemühungen in diesen Bereichen stark auf das Thema Wasser, während die Themen Sanitärversorgung und Hygienebildung Stiefkinder blieben.

Die Nullerjahre brachten neue fachliche Evidenzen und damit ein Umdenken mit sich. Nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks UNICEF sind Durchfälle die zweithöchste Todesursache von Kindern unter fünf Jahren. Weltweit sterben täglich etwa 3.600 Kinder an der vermeidbaren Krankheit. Der effizienteste Weg, dies zu verhindern, ist regelmäßiges Händewaschen mit Seife und eine adäquate Sanitärversorgung. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kam zudem zu dem Ergebnis, dass jeder in die Bereiche Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene investierte Dollar für eine Gesellschaft einen drei- bis vierfachen Nutzen bringt – je nach Region. Allein in Afrika gehen durch unzureichende Wasser- und Sanitärversorgung jährlich etwa fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes verloren – mehr Geld, als durch die gesamte Entwicklungszusammenarbeit in diese Region fließt. Diese Fakten haben dem Engagement von WASH Rückenwind verliehen und die Bedeutung des Sektors in der Entwicklungszusammenarbeit erhöht. Schließlich riefen die Vereinten Nationen das Jahr 2008 zum »Internationalen Jahr der sanitären Grundversorgung« aus.

Deutsche NRO vernetzen sich

Auch die deutschen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) sahen hierzulande einen Bedarf für eine aktive Vernetzung, eine Verbesserung des Wissensmanagements und der Lobbyarbeit. Im Jahr 2011 wurde das WASH-Netzwerk gegründet und ein Jahr später die VENRO-Arbeitsgruppe (AG) WASH. Gemeinsam wurde das Positionspapier »Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene für alle – ein Fundament für nachhaltige Entwicklung« herausgegeben, mit konkreten Forderungen an die Bundesregierung.

Weitere Akzente wurden im letzten Jahr bei öffentlichen Veranstaltungen des WASH-Netzwerks gesetzt. Am Weltwassertag nahmen neben Bundestagsabgeordneten auch Hunderte von Engagierten an einem sechs Kilometer langen Fußmarsch durch Berlin teil. Zudem wurde die Stockholmer Weltwasserwoche genutzt, um den vernachlässigten Zusammenhang zwischen WASH und Ernährungssicherheit zu verdeutlichen.

Im Wahljahr 2013 möchten die VENRO-AG und das WASH-Netzwerk ihre politischen Kontakte ausbauen und für eine stärkere Beachtung des Sektors aus zivilgesellschaftlicher Sicht werben. Zentrale Instrumente bleiben die Verbreitung der Botschaften aus dem Positionspapier und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen. Für die Zeit nach der Bundestagswahl wird ein Lobbyfrühstück mit Abgeordneten des neuen Bundestags zum gemeinsamen Kennenlernen angestrebt.

Ein wesentliches Thema, das auf die Agenda gesetzt werden soll, ist zudem die Harmonisierung und Steigerung der Kohärenz im Übergang von kurzfristigen Einsätzen der Not- und Übergangshilfe zu langfristigen Einsätzen in der EZ.

Thilo Panzerbieter
ist Sprecher der VENRO-Arbeitsgruppe WASH.

Medizinische Versorgung eines unterernährten Mädchens in Somalia

Gesundheit: Voraussetzung für Entwicklung

Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Menschen in Würde leben und ihre Fähigkeiten entfalten können. Ist ihre Gesundheit beeinträchtigt, können sie nicht oder nur begrenzt am sozialen, politischen und ökonomischen Leben teilnehmen. Damit sich die Gesundheitssituation der Menschen in Entwicklungsländern verbessert, hat VENRO im Jahr 2012 ein Positionspapier verfasst, das alle wichtigen Gesundheitsthemen einbezieht. Mit dem Papier »Gesundheit – Menschenrecht und Voraussetzung für Entwicklung« ruft VENRO die Bundesregierung dazu auf, sich bei der Gestaltung eigener Förderpolitiken, bei der Einflussnahme auf internationale Organisationen sowie im Dialog mit Partnerregierungen an diesen Positionen zu orientieren.

Stärkung nationaler Gesundheitssysteme

Zu den wichtigsten Forderungen zählen die Stärkung nationaler Gesundheitssysteme, eine adäquate Finanzierung globaler Gesundheitsprogramme, eine effektive Gesundheitsversorgung für gefährdete Bevölkerungsgruppen sowie die Förderung der Erforschung vernachlässigter, armutsbedingter Krankheiten und die Entwicklung von Gesundheitsprodukten.

Das Papier bildet die Grundlage für das Engagement von VENRO im entwicklungspolitischen Gesundheitsbereich. 2012 wurde es mit Entscheidungsträgern aus dem Bundestag und den Bundesministerien für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Gesundheit (BMG) diskutiert, so zum Beispiel in einer Anhörung im Unterausschuss Gesundheit des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Mai 2012.

Aktive Beteiligung am Post-2015-Prozess

Auf der Grundlage dieser Positionen hat VENRO im vergangenen Jahr eine aktive Rolle in den Beratungen der Europäischen Kommission sowie in den UN-Gesundheitskonsultationen zu den Post-Millennium-Entwicklungszielen gespielt. Das Ziel von VENRO ist eine neue Entwicklungsagenda, die die nicht erreichten Gesundheits-MDG, Gesundheitskonzepte, wie den universellen Zugang zu Gesundheitsversorgung, sowie einen rechtebasierten Ansatz zu Gesundheitsdiensten stärker berücksichtigt. Der Verband wird sich weiter aktiv an dem Post-2015-Prozess im Bereich Gesundheit beteiligen.

Im Jahr 2013 werden mehrere wichtige Ereignisse die Diskussion um globale Gesundheit in Deutschland beeinflussen: die Aufstellung des neuen Entwicklungshaushalts für 2014, die Wiederauffüllungskonferenz des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria im September und der Sondergipfel der Vereinten Nationen zu den MDG. VENRO wird diese Ereignisse nutzen und sich auf nationaler und internationaler Ebene verstärkt für eine verbesserte Gesundheitsversorgung in Entwicklungsländern engagieren.

Renate Bähr
ist stellvertretende Vorstandsvorsitzende von VENRO.

Publikationen

Anlässlich der Bundestagswahlen hat VENRO das Positionspapier »Die Welt von morgen – gerecht – global – gemeinsam« herausgegeben. Zudem hat der Verband eine entwicklungspolitische Bilanz nach vier Jahren schwarz-gelber Regierung gezogen. »Verpasste Chancen« – so das Fazit. Beide Publikationen stehen in der Mediathek auf der VENRO-Homepage zum Download bereit oder können per E-Mail unter sekretariat@venro.org bestellt werden.

VENRO-POSITIONSPAPIER ZUR BUNDESTAGSWAHL

Die Welt von morgen – gerecht, global, gemeinsam

VENRO-STANDPUNKT

Verpasste Chancen!

Eine Bilanz von vier Jahren Entwicklungspolitik der Bundesregierung

MEDIATHEK

Alle VENRO-Publikationen können in der neu eingerichteten Mediathek heruntergeladen werden. Suche über Schlagwort/ Kategorie oder Thema starten und dann downloaden.

http://venro.org/publikationen/

Gremien und Mandate

VORSTAND

Vorsitzender

Ulrich Post
Welthungerhilfe

Stellvertreter/innen

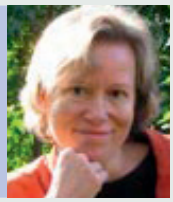
Renate Bähr
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

Dr. Bernd Bornhorst
MISEREOR

Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath
Marie-Schlei-Verein

Vorstandsmitglieder

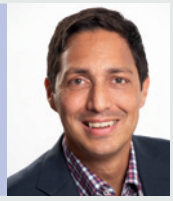
Monika Dülge
Eine Welt Netz NRW



Albert Eiden
Kindernothilfe

Christoph Hilligen
(Schatzmeister)
World Vision

Sid Johann Peruvemba
Malteser International



Dr. Klaus Seitz
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Ralf Tepel
Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie

In den folgenden Gremien wird VENRO durch Vorstandsmitglieder vertreten:

- **Beirat Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval):** Albert Eiden
- **Beirat Internationales Bonn:** Ulrich Post
- **CSR-Forum beim BMAS:** Dr. Bernd Bornhorst
- **DARE Forum CONCORD:** Monika Dülge
- **Kuratorium der GIZ:** Renate Bähr/Ulrich Post
- **Kuratorium Engagement Global:** Ralf Tepel
- **Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe beim AA:** Sid Peruvemba

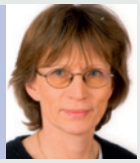
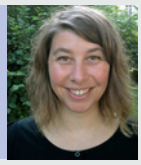
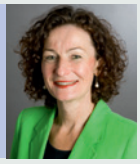
MANDATE

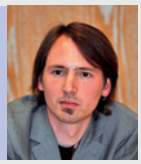
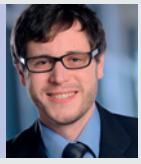
Arbeitskreis des BMWI zu den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen	**Heinz Fuchs** (Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst)
bengo-Beirat	**August Ilg** (Andheri-Hilfe); **Ralf Tepel** (VENRO)
BMZ-Beraterkreis für entwicklungspolitische Bildung	**Reinhold Bömer** (VEN) **Monika Dülge** (VENRO) **Dr. Kambiz Ghawami** (WUS) **Jana Rosenboom** (VENRO) **Jörg-Robert Schreiber** (Susila Dharma / Eine Welt Netzwerk Hamburg) **Dr. Klaus Seitz** (Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst)
Bündnis »Steuer gegen Armut«	**Klaus Schilder** (Misereor)
CONCORD-AG »NGO Funding for Development and Relief«	**Annette Wulf** (Welthungerhilfe)
CONCORD-Task Force Multiannual Financial Framework	**Cécile Vernant** (DSW Brüssel)
Delegierte Generalversammlung CONCORD	**Michael Steeb** (AGEH) **Ingo Ritz** (NETZ Bangladesch)
Deutsches Nationalkomitee zur UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung«	**Jörg-Robert Schreiber** (Susila Dharma / Eine Welt Netzwerk Hamburg)
Projektgruppe zur Umsetzung des KMK-Orientierungsrahmens	**Sarah Louis** (agl)
Task Force Migration CONCORD	**Sophia Wirsching** (Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst)
weltwärts-Beirat	**Reinhold Bömer** (VEN)

SCHIEDSSTELLE

Vorsitzende: **Dr. Marita Haibach**
Mitglieder: **Prof. Dr. Asit Datta, Dr. Jürgen Hambrink, Dr. Volker Hausmann, Dr. Manfred Kulessa** und **Wilfried Steen**

Arbeitsgruppen

Afghanistan	**Robert Lindner** Oxfam Deutschland			
Behinderung und Entwicklung	**Gabriele Weigt** bezev		**Francois de Keersmaeker** handicap international	
Bildung lokal-global	**Dr. Kambiz Ghawami** World University Service (WUS)		**Sarah Louis** agl	
Europäische Entwicklungspolitik	**Dr. Hildegard Hagemann** Justitia et Pax			
Gender	**Carsta Neuenroth** Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst			
Gesundheit	**Dr. Sonja Weinreich** Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst		**Tobias Luppe** Oxfam	
Humanitäre Hilfe	**Andrea Padberg** Welthungerhilfe			
Internationale Finanzarchitektur und Armutsbekämpfung (IFA)	**Tobias Hauschild** Oxfam		**Dr. Klaus Schilder** MISEREOR	
Kampagne »Deine Stimme gegen Armut«	**Dr. Iris Schöninger** Welthungerhilfe			

Kinderrechte und Entwicklungs-zusammenarbeit	**Samia Kassid** Plan International Deutschland	
Klimawandel und Entwicklung	**Sven Harmeling** Germanwatch	
Kofinanzierung	**Dominique Schlupkothen** Christoffel-Blindenmission (CBM)	
	Annette Wulf Welthungerhilfe	
Soziale Sicherung	**Michael Bünte** HelpAge	
	Dr. Rolf Künnemann FIAN	
Transparenz	**Bernd Pastors** action medeor	
	Sonja Mund Christoffel-Blinden-mission (cbm)	
WASH	**Thilo Panzerbieter** German Toilet Organi-zation	
Wirkungsbeobachtung	**Wolfgang Deppen** Schmitz-Stiftungen	
	Thomas Reinhardt Brot für die Welt	

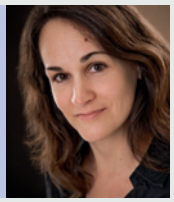
Mehr Informationen zu den Arbeitsgruppen finden Sie auf unserer Website:
www.venro.org/venro-arbeitsgruppen.html

Geschäftsstelle

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Heike Spielmans
Geschäftsführerin
Tel.: 02 28/9 46 77-11
h.spielmans@venro.org

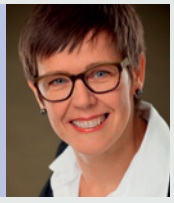
Nina Graffé
Sekretariat/Assistenz der Geschäftsführung
Tel.: 02 28/9 46 77-0
sekretariat@venro.org



REFERENT/-INNEN

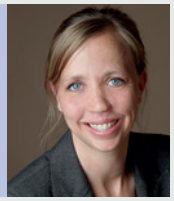
Bodo von Borries
Humanitäre Hilfe, Entwicklungspolitik
Tel.: 030/27 59 66 62
b.borries@venro.org

Anke Kurat
Stell. Geschäftsführung/ EU-Entwicklungspolitik, Umwelt
Tel.: 02 28/9 46 77-12
a.kurat@venro.org

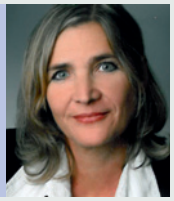


Astrid Lohbeck
Finanzen/Mitglieder-service
Tel.: 02 28/9 46 77-18
a.lohbeck@venro.org

Astrid Müller
Wirkungsbeobachtung
Tel.: 02 28/9 46 77-17
a.mueller@venro.org



Kirsten Prestin
Presse- und Öffentlich-keitsarbeit
Tel.: 02 28/9 46 77-14
k.prestin@venro.org



Jana Rosenboom
Bildungsarbeit, Kofinan-zierung und Transparenz
Tel.: 030/24 63 21 05
j.rosenboom@venro.org

PROJEKT »DEINE STIMME GEGEN ARMUT – ENTWICKLUNG BRAUCHT BETEILIGUNG«

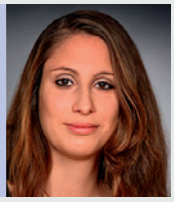
Claus Körting
Projektleiter
Tel.: 030/28 04 66 71
c.koerting@venro.org

Merle Bilinski
Referentin Politik
Tel.: 030/28 04 66 70
m.bilinski@venro.org

Anke Scheid
Referentin Kampagne
Tel.: 030/27 59 66 20
a.scheid@venro.org

Sonja Grigat
Referentin Dezentraler Entwicklungspolitischer Dialog
Tel.: 030/27 59 60 71
s.grigat@venro.org

Sabine Kirchleitner
Projektassistentin
Tel.: 030/24 78 15 73
s.kirchleitner@venro.org



In den folgenden Gremien wird VENRO durch die Geschäftsstelle vertreten:

- **Beirat Sparkassenstiftung Bonn:** Heike Spielmans
- **Beirat für Zivile Krisenprävention AA:** Bodo von Borries
- **Bündnis für Gemeinnützigkeit:** Jana Rosenboom
- **GKKE-Fachgruppe Kohärenz:** Anke Kurat
- **Kampagnenrat »Geben gibt«:** Kirsten Prestin
- **Kuratorium Engagement Global/(Vorsitzende):** Heike Spielmans
- **Programmbeirat Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW):** Heike Spielmans
- **Programmkommission SKEW:** Jana Rosenboom
- **Steering Group Policy Forum/Co-Chair:** Anke Kurat

VENRO im Web

Neue VENRO-Website
www.venro.org

Die neue Website informiert ausführlich über die 16 Arbeitsgruppen des Verbandes. Zudem findet man dort aktuelle Termine und Stellenangebote von VENRO und seinen Mitgliedsorganisationen. Ein Bundeswahlen Special stellt die VENRO-Aktivitäten dar.

VENRO-Intranet
Interner Bereich nur für Mitglieder

Mitglieder erhalten im Intranet exklusive Informationen zur Lobbyarbeit des Verbandes und den Tätigkeiten der Arbeitsgruppen.

VENRO informiert
Monatlicher Newsletter
Abo auf der Homepage
www.venro.org

Aktuelle Informationen bietet der Newsletter »VENRO informiert«. Monatlich berichtet er ausführlich über einen thematischen Schwerpunkt der Verbandsarbeit. Abonnieren Sie den Newsletter auf der Website!

Jahresabschluss 2012

Mittelherkunft:

VENRO standen 2012 insgesamt 1.124 TEUR an Mitteln zur Verfügung. 62 % davon waren Mitgliedsbeiträge und 37 % Projektzuschüsse aus privaten und öffentlichen Quellen. Unter der Position Sonstiges (1 %) sind Kostenbeteiligungen, Erstattungen und Zinserträge zusammengefasst.

Öffentliche Zuwendungsgeber waren 2012 in erster Linie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für das Projekt »Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung« (58 TEUR), Engagement Global für die Projekte »Deine Stimme gegen Armut – Entwicklung braucht Beteiligung« (197 TEUR) und den Kongress »Qualitätsentwicklung und Wirkungsorientierung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit« (22 TEUR) sowie das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Bonn für Workshops im Rahmen der 3. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik (41 TEUR). Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung unterstützte die Aktion »Deine Stimme gegen Armut (21 TEUR). Außerdem gab es freiwillige Zuschüsse von Mitgliedsorganisationen zur Finanzierung von Eigenanteilen verschiedener Projekte.

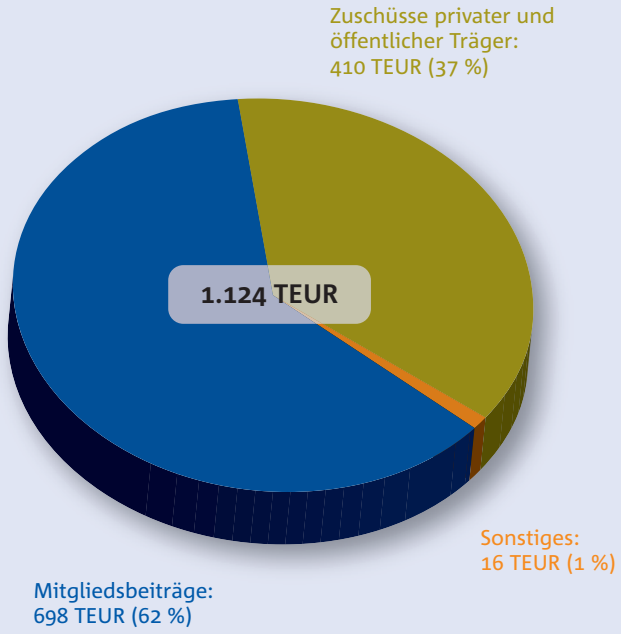
Vergütungsstruktur:

Die Gehälter der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei VENRO orientieren sich am Vergütungssystem des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) Bund.

Die Bruttojahresgehälter setzen sich zusammen aus den Monatsgehältern, einer Jahressonderzahlung und Zuschüssen zur betrieblichen Altersvorsorge.

Eingruppierung

Geschäftsführung:	TVöD 15
Referent/innen:	TVöD 11–13
Assistenz/Verwaltung:	TVöD 9–10



Mittelverwendung

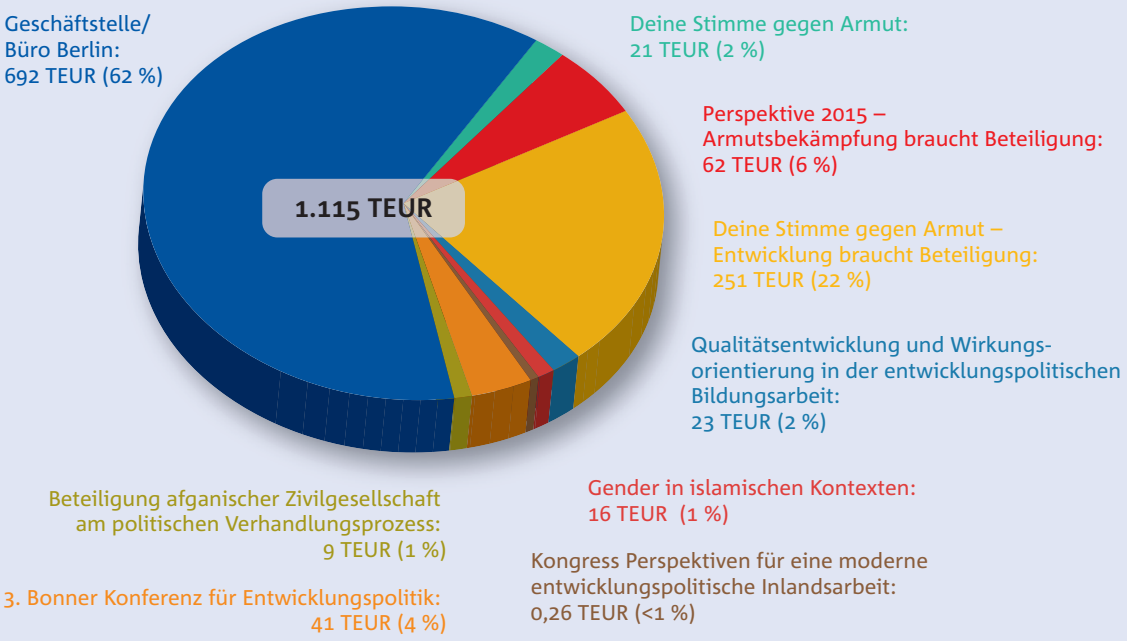
Kernhaushalt:
Der VENRO-Kernhaushalt umfasst die Personal- und Sachaufwendungen für die inhaltlichen und administrativen Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche ohne die Drittmittelprojekte. Dazu gehörten die Personalaufwendungen, die Aufwendungen für die satzungsgemäßen Gremien (Mitgliederversammlung, Vorstand, Arbeitsgruppen, Schiedsstelle), die Aufwendungen für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und des Arbeitsprogramms, die Aufwendungen für den Mitgliedsbeitrag für den europäischen Dachverband CONCORD und die Aufwendungen für Sachmittel für die Geschäftsstelle in Bonn und das Berliner Büro.

Drittmittelprojekte:
Zu den Drittmittelprojekten gehörten in 2012:

- Deine Stimme gegen Armut
- Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung
- Deine Stimme gegen Armut – Entwicklung braucht Beteiligung
- Qualitätsentwicklung und Wirkungsorientierung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit
- Gender in islamischen Kontexten
- Kongress Perspektiven für eine moderne entwicklungspolitische Inlandsarbeit
- 3. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik
- Beteiligung afghanischer Zivilgesellschaft am politischen Verhandlungsprozess

Jeder Einzelhaushalt umfasst die Personal- und Sachaufwendungen für die Projektmaßnahmen. Die Finanzierung erfolgte durch Fördermittel öffentlicher und privater Zuwendungsgeber und Eigenmittel aus dem VENRO-Kernhaushalt (= Projekteigenanteile).

Kernhaushalt



Drittmittelprojekte

Bilanz zum 31. Dezember 2012

AKTIVSEITE	2012	2011
	EUR	TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.672,90	20
II. Finanzanlagen		
Sonstige Ausleihungen	104.558,95	103
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.754,33	58
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	137.342,51	169
	266.328,69	350

PASSIVSEITE	2012		2011	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
A. Eigenkapital				
Verbandsvermögen	61.228,82		90	
Betriebsmittelrücklage	95.345,88		89	
Jahresfehlbetrag/-überschuss	+2.517,20	159.091,90	−29	150
Stand 31.12.2012				
B. Rückstellungen				
I. Sonstige Rückstellungen	16.940,95	16.940,95	18	18
C. Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	66.927,24		58	
II. Sonstige Verbindlichkeiten				
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	22.768,60		95	
davon aus Steuern € 8.605,88 (Vorjahr: € 7.703,88)		89.695,84		154
D. Rechnungsabgrenzungsposten		600,00	28	28
		266.328,69		350

Erläuterungen zur Bilanz:

Die Prüfung des VENRO-Jahresabschlusses 2012 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Krause & Partner, Bonn, erfolgte vom 8. April bis 3. Mai 2013.

AKTIVSEITE

A. Anlagevermögen

I. Sachanlagen:
Es wurden planmäßige Abschreibungen für Geschäfts-, Büro- und EDV-Ausstattung auf Basis der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt.

II. Finanzanlagen:
Es handelt sich um Anteile bei Oikocredit, Westdeutscher Förderkreis.

B. Umlaufvermögen

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:
Es handelt sich um Forderungen an private und öffentliche Zuwendungsgeber aufgrund von Projektbewilligungen sowie um Forderungen an Mitglieder und weitere Geschäftspartner aufgrund vereinbarter Kostenbeteiligungen.

II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten:
Es handelt sich um Kassenguthaben, um die Guthaben auf Giro- und Festgeldkonten bei der Sparkasse KölnBonn und auf dem Festgeldkonto bei der Pax-Bank Essen.

PASSIVSEITE

A. Eigenkapital

Das Eigenkapital beträgt zum 31.12.2012 insgesamt 160 TEUR. Darin ist eine Betriebsmittelrücklage in Höhe von 95 TEUR enthalten.
Aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 8,5 TEUR wurden 6 TEUR in die Betriebsmittelrücklage eingestellt.

B. Rückstellungen:

II. Sonstige Rückstellungen
Es handelt sich um Rückstellungen für Jahresabschlusskosten, ausstehenden Urlaub, Aufbewahrungskosten, Nebenkosten für die Büros in Bonn und Berlin und den Jahresbeitrag an die Berufsgenossenschaft.

C. Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen:
Es handelt sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen gegenüber verschiedenen Geschäftspartnern, die nach dem Jahreswechsel ausgeglichen werden.

II. Sonstige Verbindlichkeiten:
Es handelt sich um nicht verausgabte Fördermittel privater und öffentlicher Träger, die nach 2013 übertragen werden, sowie um Verbindlichkeiten aus Gehaltszahlungen, Lohn- und Kirchensteuer.

D. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich um Mitgliedsbeiträge für das Jahr 2013.

Ergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012	**2012 EUR**	**2011 EUR**
1. Erträge	**1.120.491,80**	**1.151.991,47**
a) aus Mitgliedsbeiträgen	698.400,00	637.640,00
b) aus Zuweisungen und Zuschüssen	410.097,86	523.083,06
davon weitergeleitet an Kooperationspartner	0,00	−26.000,00
c) Spenden	0,00	1.891,00
d) Kostenerstattungen	5.744,30	17.915,50
e) Sonstige betriebliche Erträge	6.249,64	7.993,11
f) Zuschussrückzahlung Vorjahre	0,00	−10.531,20
2. Personalaufwand	−709.684,21	−654.492,65
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	−8.797,65	−7.504,01
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	−396.880,79	−520.195,61
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.388,05	2.674,65
6. Zinsaufwand	0,00	−1.577,18
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**8.517,20**	**−29.103,33**
8. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00
9. Jahresergebnis	**8.517,20**	**−29.103,33**

Auf der Mitgliederversammlung in Berlin am 12.Dezember 2012 diskutierten Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, und Dr. Tania Rödiger-Vorwerk, Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), mit den VENRO-Mitgliedern über die Anforderungen an eine Entwicklungs-und Nachhaltigkeitsagenda nach 2015.

Mitgliederversammlung 2012

Renate Bähr, Geschäftsführerin der Stiftung Weltbevölkerung wurde auf der Mitgliederversammlung zur stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden gewählt. Sie löste damit Jürgen Reichel von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst ab. Dr. Klaus Seitz, Leiter der Abteilung Politik bei Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst wurde neu in den VENRO-Vorstand gewählt.

Jürgen Reichel

Der VENRO-Vorstand im Dezember 2012 von links nach rechts/vordere Reihe:
Geschäftsführerin Heike Spielmans, Dr. Klaus Seitz, Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath, Christoph Hilligen, Ralf Tepel
Hintere Reihe: Sid Johann Peruvemba, Renate Bähr, Monika Dülge, Ulrich Post, Albert Eiden

VENRO-Mitglieder

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Ärzte der Welt
- Aktion Canchanabury
- Andheri-Hilfe Bonn
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)
- Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
- arche noVa
- ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
- AT-Verband
- AWO International

- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
- BONO-Direkthilfe
- Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
- Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe

- CARE Deutschland-Luxemburg
- Caritas International
- Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala
- ChildFund Deutschland
- Christliche Initiative Romero
- Christoffel-Blindenmission Deutschland

- Das Hunger Projekt
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax
- Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutsches Komitee für UNICEF
- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge
- Deutsches Rotes Kreuz*
- DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz
- Difäm
- Don Bosco Mondo
- dvv international – Institut für Internationale Zusammenarbeit des deutschen Volkshochschul-Verbandes*

- Eine Welt Netz NRW
- Eine Welt Netzwerk Hamburg
- EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)

- Fairventures Worldwide
- FIAN Deutschland
- FUTURO SÍ

- Gemeinschaft Sant´Egidio
- German Doctors
- German Toilet Organisation (GTO)
- Germanwatch

- Habitat for Humanity Deutschland
- Handicap International
- Help – Hilfe zur Selbsthilfe*
- HelpAge Deutschland
- Hilfswerk der Deutschen Lions
- Hoffnungszeichen / Sign of Hope
- humedica

- Indienhilfe
- INKOTA-netzwerk
- Internationaler Hilfsfonds
- Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
- Islamic Relief Deutschland

- Johanniter-Auslandshilfe

- Kairos Europa
- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
- Kindernothilfe
- Kinderrechte Afrika

- Lateinamerika-Zentrum
- Lichtbrücke

- Malteser International
- Marie-Schlei-Verein
- materra – Stiftung Frau und Gesundheit
- medica mondiale
- medico international
- MISEREOR

- NETZ Bangladesch

- Ökumenische Initiative Eine Welt
- OIKOS EINE WELT
- Opportunity International Deutschland
- Ora International Deutschland
- Oxfam Deutschland

- Plan International Deutschland

- Rhein-Donau-Stiftung

- Salem International
- Samhathi – Hilfe für Indien
- Save the Children Deutschland
- Senegalhilfe-Verein
- Senior Experten Service (SES)
- Society for International Development (SID)
- SODI – Solidaritätsdienst-international
- Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Susila Dharma – Soziale Dienste

- Terra Tech Förderprojekte
- TERRE DES FEMMES
- terre des hommes Deutschland
- Tierärzte ohne Grenzen
- TransFair

- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
- Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)

- Weltfriedensdienst
- Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee*
- Welthaus Bielefeld
- Welthungerhilfe
- Weltladen-Dachverband
- Weltnotwerk der KAB Deutschlands
- Werkhof
- Werkstatt Ökonomie
- World University Service
- World Vision Deutschland
- W. P. Schmitz-Stiftung

- Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand

VENRO hat zurzeit 117 Mitglieder.

* Gastmitglied

(Stand: März 2013)

Herausgeber:
Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Telefon: 02 28 / 9 46 77-0
Fax: 02 28 / 9 46 77-99

E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Redaktion: Kirsten Prestin, Heike Spielmans (verantwortlich)

Fotonachweis: Bundesregierung + Jörg Fahrys/Die Projektoren (Titelblatt), Bundesregierung (S. 4), Ministerin für Bundesangelegenheiten, UN/Guilherme Costas (S. 5), Gerald Thommes/GPFFE (S. 6+7), EU-Photo (S. 9), Jörg Farys/Die Projektoren (S. 10+11), UN-Photo/Evan Schneider (S. 12), GIZ/Ägypten (S. 13), Plan international/René Gonzáles (S. 14), WASH-Netzwerk (S. 15), UN-Photo/Stuart Price (S. 16), Jörg Farys/Die Projektoren (S. 28/29)

Layout: Petra Strauch, Bonn
Druck: dieUmweltdruckerei GmbH, Hannover
Auflage: 2.000 Exemplare

Diese Broschüre wurde klimaneutral mit Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Bonn, Juni 2013

VENRO

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO
- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
www.venro.org